

# Konjunkturlage in Deutschland

## Grundtendenzen

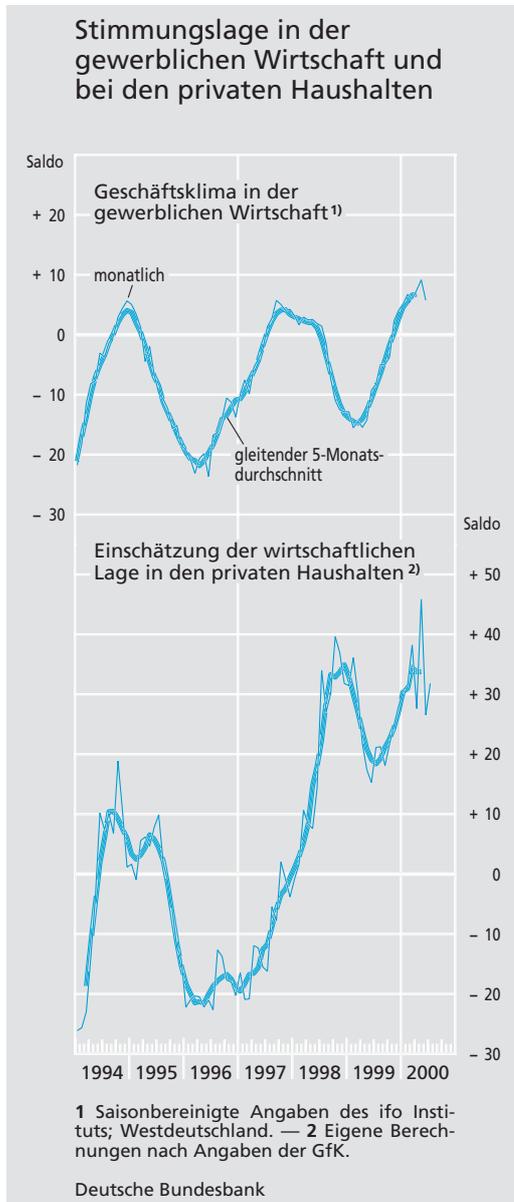
---

Der Aufschwung in Deutschland hat sich weiter gefestigt; das Wachstum nahm im Frühjahr 2000 verstärkt zu. Ersten eigenen Berechnungen nach könnte die gesamtwirtschaftliche Produktion – jahreszeitlich übliche Bewegungen und Kalenderunregelmäßigkeiten ausgeschaltet – im zweiten Vierteljahr um gut 1 % gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum gestiegen sein, in dem sie mit rund  $\frac{3}{4}$  % bereits recht kräftig zugenommen hatte. Der Anstieg des (realen) Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Vorjahrsvergleich dürfte sich – arbeitstäglich gerechnet – auf  $3\frac{1}{4}$  %, nach  $2\frac{1}{4}$  % im ersten Jahresviertel 2000, erhöht haben. Kalendermonatlich bedeutet das einen Zuwachs von 3 %.

*Kräftiges  
Wachstum des  
Bruttoinlands-  
produkts*

Die Impulse, die vom Welthandel ausgingen, waren weiterhin stark, obgleich der außenwirtschaftliche Wachstumsbeitrag durch die hohe Importneigung per saldo nicht so ausgeprägt ausfiel, wie es die Ausfuhrtätigkeit anzeigt. Zudem haben sich die Außenhandelspreise vor allem auf Grund der Ölverteuerung und des starken US-Dollar weiter zu Lasten der deutschen Wirtschaft verschoben. Die damit einhergehenden Realeinkommensverluste stellen für sich genommen ein beachtliches kontraktives Element dar. Allerdings fällt die Terms-of-Trade-Verschlechterung bislang nicht so groß aus wie in den beiden vorangegangenen Vergleichsperioden eines starken Ölpreisschubs in der ersten Hälfte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Zwar hat sich der DM-Preis für importiertes Rohöl innerhalb kurzer Zeit verdreifacht; wegen der strukturell geringeren Ölabhängigkeit schlägt

*Außenwirt-  
schaftliche  
Einflüsse*



die Ölrechnung der deutschen Wirtschaft aber nicht so stark zu Buche wie in den beiden Fällen zuvor. Machten die Netto-Einfuhren von Rohöl und Ölprodukten 1974 rund 3% des BIP aus und waren es 1981 sogar 4¼%, so dürften es in diesem Jahr schätzungsweise nur 1¼% sein. Hinzu kommt, dass sich andere Rohstoffe sowie Fertigerzeugnisse diesmal nur mäßig verteuerten. Außerdem spielt eine wichtige Rolle, dass der

negative Terms-of-Trade-Effekt zumindest überwiegend nicht zu Lasten der Ertragslage und der Investitionsneigung der Unternehmen ging. Vielmehr sorgten moderate Tarifabschlüsse für ein starkes Gegengewicht, so dass die außenwirtschaftlichen Preisanstöße von einer inländischen Kostendisziplin begleitet werden. Die interne Verteilung des Terms-of-Trade-Effekts ist der Fortsetzung der konjunkturellen Dynamik insgesamt weniger abträglich als früher.

Die kräftige Zunahme der Produktion im ersten Halbjahr 2000, die – auf zwölf Monate hochgerechnet – auf rund 3¼% zu veranschlagen ist, war erheblich stärker als der gleichzeitige Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials; die Auslastung der Produktionskapazitäten hat sich damit merklich erhöht. Die Bereitschaft, Investitionen in Angriff zu nehmen, ist den vorliegenden Indikatoren nach deutlich größer geworden. Aus den Umfragen des ifo Instituts geht hervor, dass mehr als zuvor Kapazitätserweiterungen vorgesehen sind. Dies dürfte zu neuen Arbeitsplätzen und einer steigenden Beschäftigung führen. Dabei hat ohne Zweifel mitgespielt, dass sich die Ertragslage der Unternehmen – bei deutlicher Differenzierung im Einzelnen – nach der Eintrübung im letzten Jahr insgesamt wieder sichtlich verbesserte. Hierfür spricht, dass die Lohnkosten je Umsatzeinheit auch unter dem Eindruck eines starken Produktivitätsanstiegs entlastend wirkten. Am Kapitalmarkt sind die Zinsen zwar nicht mehr so niedrig wie Anfang 1999; dies spiegelt aber auch die Stärke des derzeitigen weltweiten Aufschwungs wider. Zudem ist der maßgebliche Realzins für lang-

*Zunehmende Kapazitätsauslastung und steigende Investitionsneigung*

fristige Unternehmenskredite keineswegs als hoch einzustufen – eher das Gegenteil dürfte zutreffen. Nicht zuletzt ist mehr denn je in Blick zu nehmen, dass der Zugang zu Eigenkapital für viele Unternehmen einfacher und attraktiver geworden ist. Dies gilt für den Aktienmarkt generell und für den Neuen Markt im Besonderen sowie für das inzwischen sehr dynamische Segment des „venture capital“. Die Finanzierungsbasis der Wirtschaft ist damit breiter und bedarfsgerechter.

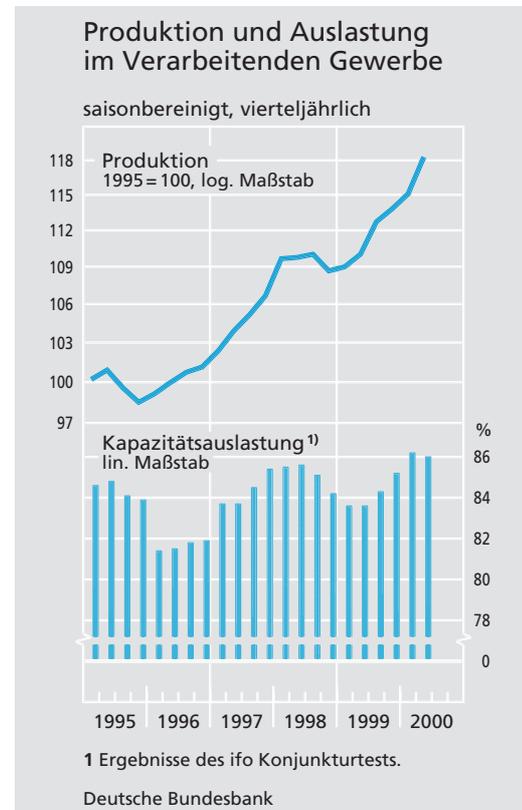
*Verbrauchs-  
konjunktur  
belebt*

Die Konsumkonjunktur hat sich in den Frühjahrsmonaten belebt, obgleich die Ölverteuerung belastend wirkte. Gemäß den Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung stellen sich die Perspektiven für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung in der Meinung der privaten Haushalte durchaus positiv dar; allerdings blieb die Bereitschaft zu größeren Anschaffungen weiterhin eher verhalten. Dies schlug sich nicht zuletzt in vergleichsweise niedrigen Zulassungszahlen von neuen Kraftfahrzeugen nieder. Die übrigen Umsätze des Einzelhandels haben in den Monaten April bis Juni saisonbereinigt aber kräftig zugenommen.

## Produktion und Arbeitsmarkt

*Verarbeitendes  
Gewerbe als  
Konjunktur-  
motor*

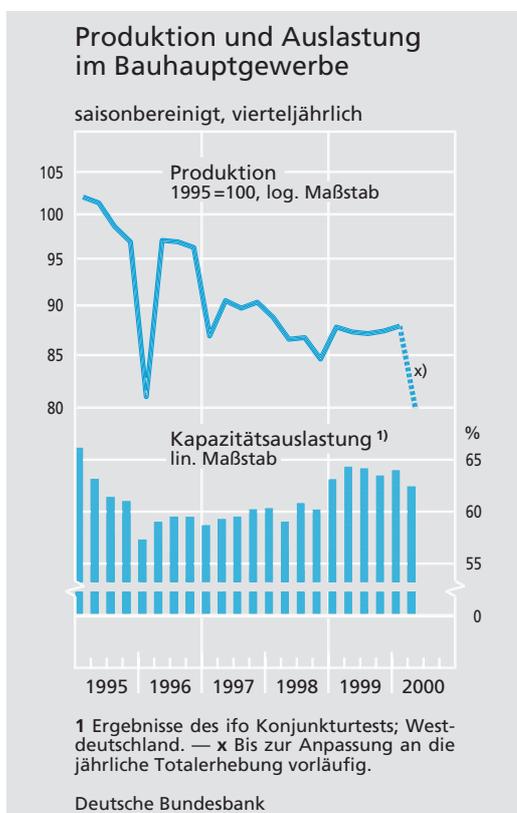
Die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe ist in den letzten Monaten weiter ausgeweitet worden. Saisonbereinigt übertraf sie im Mittel der Monate April bis Juni<sup>1)</sup> den Stand der vorangegangenen Wintermonate<sup>2)</sup> um nahezu 3 %, der Zuwachs gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit vergrößerte sich auf knapp 7 ½ %, nach 6 ½ % davor. Wegen des



kräftigen Anstiegs blieb die Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten hoch. Den Umfragen des ifo Instituts nach lag der Nutzungsgrad im Juni weiterhin um rund zwei Prozentpunkte über dem vergleichbaren Vorjahrsniveau. Nimmt man die Umsätze als Maß, so sind erneut besonders viele Auslieferungen an ausländische Kunden erfolgt. Der Zuwachs binnen Jahresfrist vergrößerte sich auf reichlich ein Sechstel. Verstärkt werden inzwischen aber auch inländische Abnehmer beliefert. Die Steigerungsraten im Vorjahrs-

1 Die zusammenfassende Betrachtung der Monate April bis Juni empfiehlt sich nicht zuletzt wegen der in diesem Jahr ungewöhnlichen Lage der Feiertage.

2 Die Produktion der ersten drei Monate des Jahres 2000, für die in einer ersten vorläufigen Anpassung der monatlichen Ergebnisse an die vierteljährliche Erhebung Faktoren aus dem vergangenen Jahr eingesetzt wurden, ist gemäß den Ergebnissen der aktuellen Quartalerhebung um 0,5 Indexpunkte nach unten revidiert worden.



vergleich kamen hier erstmals seit langem näher an den zweistelligen Bereich heran.

Produktionssteigerungen von mehr als einem Zehntel binnen Jahresfrist erzielten insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern. Zu den Spitzenreitern zählten dabei wie schon seit längerem die Hersteller von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen sowie von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten. Im Bereich der Gebrauchsgüter bewegte sich die Erzeugung von Rundfunk-, Fernseh- und Videogeräten auf hohem Niveau.

Die positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe strahlte gleichfalls auf die unternehmensnahen Dienstleister aus, die – Umfrageergebnissen zufolge – nach einer etwas ver-

halteneren Entwicklung um die Jahreswende 1999/2000 im zweiten Quartal eine kräftige Verbesserung der Geschäftsperspektiven meldeten. Vor allem gilt dies für die EDV-Unternehmen und Unternehmensberatungen. Aber auch bei den Maschinen- und Fahrzeugvermietern sowie der Werbewirtschaft wurden Lage und Aussichten als günstig eingestuft. Ähnliches gilt nach Verbandsmitteilungen für manche Handwerksbranchen.

Dagegen konnte sich die Bauwirtschaft auch im Frühjahr nicht vom Anpassungsdruck lösen, dem sie sich seit längerem insbesondere in den neuen Bundesländern ausgesetzt sieht. Im zweiten Quartal ist sie vielmehr wieder deutlich zurückgefallen, nachdem die ersten Monate des Jahres durch die vergleichsweise milde Witterung begünstigt worden waren. Auch der Vorjahrsvergleich zeigt mit rund 8 % einen kräftigen Rückgang. Besonders ungünstig war die Entwicklung im Hochbau, wo alle Bausparten vom Wohnungsbau über den gewerblichen bis hin zum öffentlichen Bau betroffen waren. Der Tiefbaubereich schnitt im Vergleich dazu günstiger ab, hatte jedoch immer noch Produktionseinschränkungen von 4 ½ % zu verzeichnen.

Das kräftige Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat nicht nur zu einer Ausweitung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit geführt, sondern auch zu einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Arbeitslosigkeit konnte erneut etwas abgebaut werden. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt bis Mai – bis

*Bauwirtschaft  
dagegen  
weiterhin  
schwach*

*Anstieg der  
Beschäftigung*

*Günstige  
Entwicklung  
auch bei  
Dienstleistern*

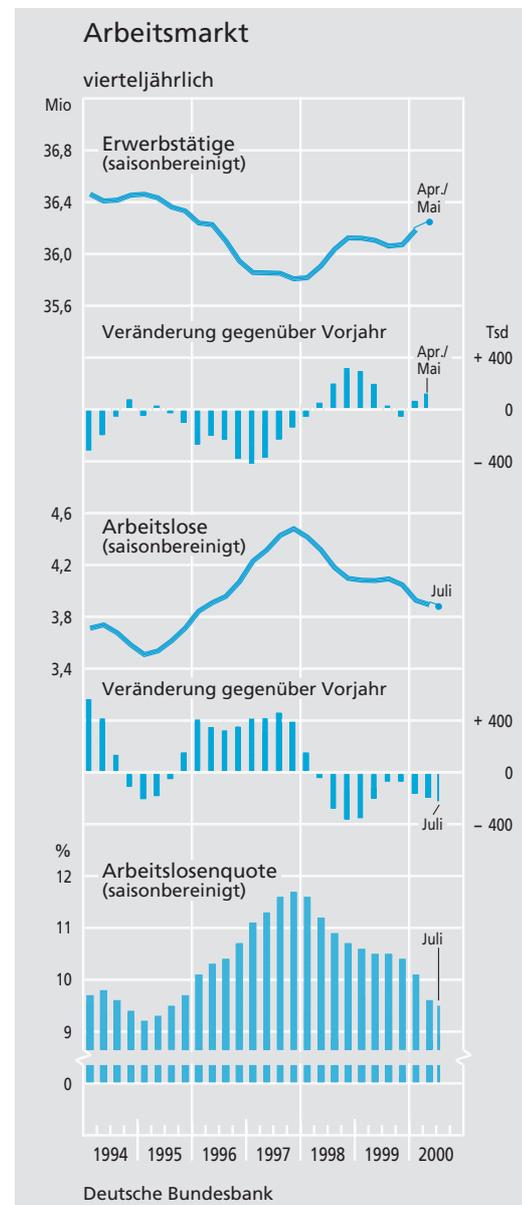
zu dem die Informationen gegenwärtig reichen – auf 36,27 Millionen. Das waren 45 000 mehr als zu Ende des ersten Vierteljahres und 145 000 oder 0,4 % mehr als ein Jahr zuvor. Zugenommen hat die Zahl der Mitarbeiter insbesondere im arbeitsintensiven Bereich der Dienstleistungen. Für die Industrie deuten die Indikatoren darauf hin, dass der lange Zeit vorherrschende Beschäftigungsabbau inzwischen wohl ausgelaufen ist; zu nennenswerten Neueinstellungen dürfte es aber bisher noch nicht gekommen sein. Unverändert abwärts gerichtet war die Tendenz bis zuletzt im Bausektor.

*Höhere Zahl  
offener Stellen*

Auf einen insgesamt zunehmenden Arbeitskräftebedarf deutet die Entwicklung der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen hin. Dieser Indikator umfasst zwar nur einen Teil der gesamten Nachfrage, die Grundtendenz der Anforderungen aus der Wirtschaft dürfte er jedoch weitgehend zutreffend widerspiegeln. Nach Ausschaltung jahreszeitlich üblicher Schwankungen erhöhte sich der Bestand an unbesetzten Arbeitsstellen bis zum Juli auf gut 520 000. Ein derart hoher Bestandswert ist in Deutschland seit Beginn der neunziger Jahre noch nicht zu verzeichnen gewesen. Das bedeutet gegenüber dem Jahresende 1999 einen Anstieg um rund 40 000, im Vorjahrsvergleich errechnet sich ein beinahe doppelt so hoher Zuwachs.

*Abbau der  
Arbeitslosigkeit*

Mit dem Beschäftigungsaufbau ging eine Verringerung der Arbeitslosigkeit einher. Zwar hat sich der Rückgang in der letzten Zeit verlangsamt, dies dürfte aber teilweise Sonderinflüssen wie zum Beispiel dem Beginn der sommerlichen Ferienzeit zuzuschreiben sein.



Der Grundtendenz nach nimmt die Erwerbslosigkeit ab. Ende Juli waren bei der Bundesanstalt für Arbeit saisonbereinigt 3,89 Millionen Personen als arbeitslos gemeldet. Das waren rund 25 000 weniger als im Mittel des zweiten Quartals. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Abbau um etwa 225 000.

Dabei ist der Einsatz arbeitsmarktpolischer Instrumente im Vergleich zu 1999 deutlich zu-

*Arbeitsmarkt-  
politische  
Instrumente*

rückgeführt worden. Die Zahl der Teilnehmer in Weiterbildungslehrgängen sowie beschäftigungsschaffenden Maßnahmen, den unverändert größten Einzelposten im Rahmen der staatlichen Förderung, unterschritt Ende Juli mit gut 650 000 den früheren Stand um etwa 115 000.

*Hohe Erwerbs-  
losigkeit in Ost-  
deutschland*

Der Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen (zivilen) Erwerbspersonen belief sich saisonbereinigt Ende Juli auf 9,5 %. In den alten Bundesländern betrug die Quote 7,7 %, in Ostdeutschland waren es dagegen 17,4 %. Dies macht deutlich, dass die Arbeitsmarktlage dort nach wie vor wesentlich ungünstiger ist als im Westen. Nicht nur die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ist weitaus höher, auch die Entwicklung in den letzten Monaten blieb eher negativ. So hat die Arbeitslosigkeit zuletzt kaum abgenommen, der Bestand an gemeldeten Personen verharrte bei 1,37 Millionen.

*Rückgang des  
Arbeitskräfte-  
potenzials*

Ein quantitativer Vergleich zwischen dem Beschäftigungsaufbau in Deutschland insgesamt und der gleichzeitigen Abnahme der Erwerbslosigkeit zeigt eine deutliche Diskrepanz. Während die Zahl der Erwerbstätigen im Mittel der Monate April und Mai um rund 120 000 höher war als ein Jahr zuvor, hat sich die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum um fast 185 000 verringert. Die rückläufige Zahl der Erwerbspersonen zeigt einmal mehr, dass der Arbeitsmarkt kein geschlossenes System ist. Eine wichtige Rolle spielen im aktuellen Kontext demographische Faktoren, die auf einen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials hinwirken. Dieser Effekt wird vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im

Jahresdurchschnitt 2000 gegenüber 1999 auf immerhin 175 000 Personen veranschlagt.

## Auftragslage

Das Volumen der Aufträge, die an das Verarbeitende Gewerbe erteilt wurden, hat sich in den letzten Monaten nochmals spürbar vergrößert und deutet auf eine zügige Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung hin. Saisonbereinigt überschritten die Bestellungen im Mittel des zweiten Vierteljahres das in den Wintermonaten erreichte Niveau um rund 5 ½ %. Die Zunahme im Vorjahresvergleich, die schon zuvor zweistellig gewesen war, erhöhte sich auf 14 ½ %. Noch deutlich stärker war mit 20 ½ % binnen Jahresfrist die Ausweitung des Ordereingangs aus dem Ausland. Die Inlandsaufträge sind demgegenüber zwar unterdurchschnittlich gewachsen; eine Steigerung um rund 10 ¼ % zeugt aber ebenfalls von einer beachtlichen Dynamik. Zudem nahmen die Geschäfte auf dem einheimischen Absatzmarkt in den letzten Monaten – saisonbereinigt betrachtet – kaum weniger zu als die Abschlüsse mit dem Ausland. Einige besonders umfangreiche Aufträge haben dabei eine Rolle gespielt.

*Hohe Auftrags-  
einträge in der  
Industrie*

Im Mittelpunkt der Nachfrage standen im Frühjahr – verglichen mit dem ersten Vierteljahr – Erzeugnisse aus dem Investitionsgüterbereich. Vorleistungsgüter sowie Konsumgüter konnten damit nicht mithalten, erzielten aber ebenfalls kräftige Zuwächse. Auch an der Entwicklung in den zurückliegenden zwölf Monaten gemessen rangierten Investitionsgüter ganz oben. Hier reichte der Auf-

*Branchen-  
schwerpunkte*

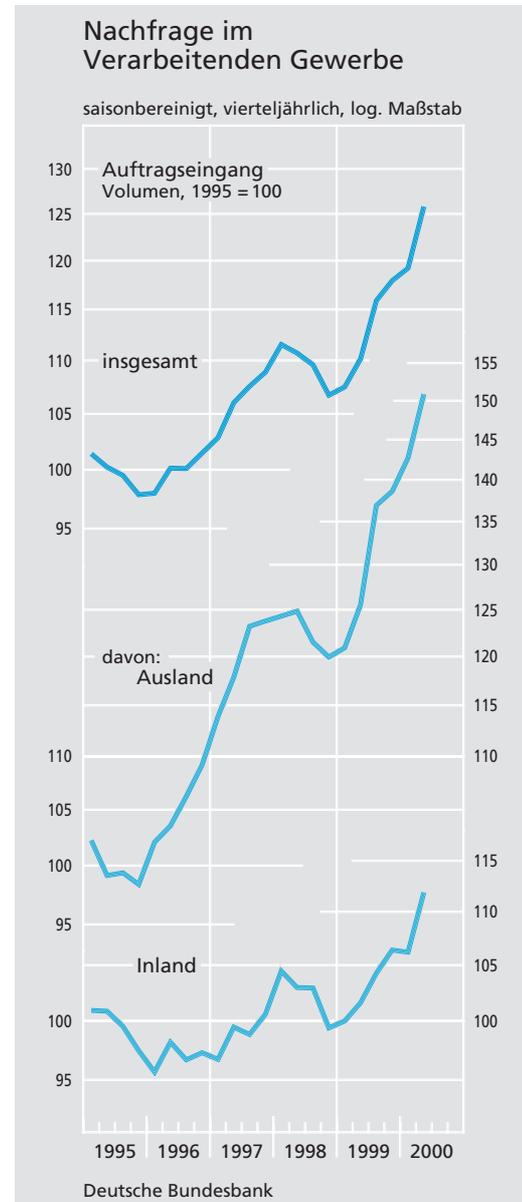
tragszuwachs nahe an 20% heran. Noch weit darüber hinaus gingen die Bestellungen im Bereich Sonstiger Fahrzeugbau, zu dem Flugzeuge, Schiffe und Eisenbahnen gehören. Nach wie vor gut war die Entwicklung ferner bei Büromaschinen sowie Kommunikationsgeräten, während die Hersteller von Kraftfahrzeugen und aus dem Stahlbau dahinter zurückblieben.

*Baunachfrage  
unverändert  
verhalten*

Die Nachfrage nach Leistungen des Baugewerbes blieb im Gegensatz zur Industrie auch im Frühjahr verhalten. Immerhin aber deuten die beim Bauhauptgewerbe in der letzten Zeit eingegangenen Auftragseingänge auf eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau hin. So wurde im Mittel der Monate April und Mai saisonbereinigt der Stand vom ersten Vierteljahr, der schon ebenso hoch gewesen war wie Ende 1999, leicht überschritten. Der Rückgang im Vergleich zu der entsprechenden Vorjahrszeit hat sich allerdings nochmals auf rund 8% erweitert, nach zuvor gut 7%.

*Gewerblicher  
und öffentlicher  
Bau*

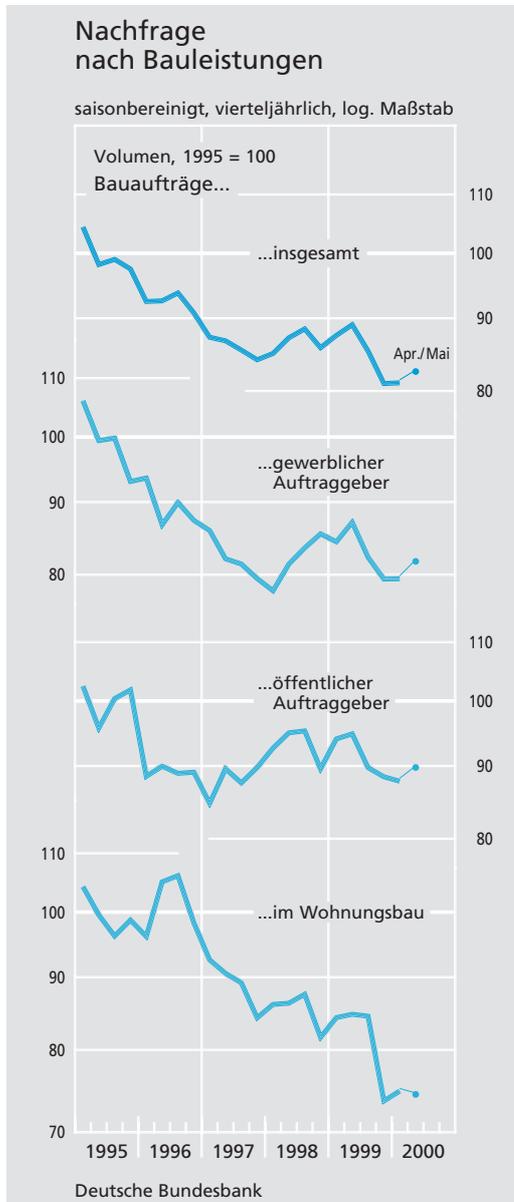
Anhaltspunkte für ein Erreichen der Talsohle gibt es insbesondere im Bereich des gewerblichen Baus. Hier gingen die Auftragseingänge im Zweimonatsabschnitt April/Mai saisonbereinigt um rund 2 1/2% über das Volumen der Wintermonate hinaus. Der Vorjahrsstand wurde damit zwar weiterhin deutlich, nämlich um 5 1/2% unterschritten; das Minus ist aber im Vergleich zum ersten Vierteljahr nicht mehr nennenswert größer geworden. Von öffentlichen Bauherren wurden in den letzten Monaten ebenfalls etwas höhere Aufträge vergeben als im Winterquartal. Auch hier hat sich der Rückstand gegenüber dem Vorjahr



mit knapp 7% nur unterdurchschnittlich erhöht.

Recht ungünstig blieb demgegenüber die Lage im Wohnungsbau. Hier konnte die leichte Besserung der Auftragseingänge, die in den ersten Monaten des Jahres zu verzeichnen gewesen war, nicht gehalten werden. Saisonbereinigt fielen die Geschäftsabschlüsse wieder zurück. Die Einbußen im Vor-

*Wohnungsbau*



jahrsvergleich, die im ersten Vierteljahr rund 11 % betragen hatten, vergrößerten sich auf 13 ½ %.

*Baugenehmigungen für Wohnungen*

Auch die Baugenehmigungen für Wohnungen deuten nicht auf eine baldige Wende hin. Zwar sind die Angaben hierüber wegen einer Umstellung der Statistik seit Jahresanfang gestört; die vorliegenden Informationen, in denen einzelne Bundesländer nicht

enthalten sind, zeigen im Vorjahrsvergleich jedoch einen anhaltenden Rückgang der Zahl der genehmigten Wohneinheiten. Die Minusraten sind in den Frühjahrsmonaten April und Mai sogar wieder weit in den zweistelligen Bereich abgerutscht. Dies betrifft nicht nur den Mietwohnungsbau, das heißt Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Wohneinheiten; vielmehr sind zuletzt auch die Genehmigungen für den Bau von Häusern mit einer und zwei Wohnungen merklich geringer ausgefallen. Dies gilt auch für die alten Bundesländer, in denen die Entwicklung bisher noch vergleichsweise günstig gewesen war.

### Preisentwicklung

Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Juli um 1,9 % über dem entsprechenden Vorjahrsniveau. Das war ebenso viel wie im Vormonat und weiterhin spürbar mehr als im April und Mai, als der Vorjahrsabstand nicht über 1,5 % hinausgegangen war.

*Vorjahrsrate der Verbraucherpreise gestiegen*

Wesentlich für die jüngste Zunahme des Preisanstiegs waren kräftige Preiserhöhungen im Bereich der Energieträger – speziell bei Benzin und leichtem Heizöl, die auch auf die Gaspreise sowie die Umlagen für Warmwasser und Heizung ausstrahlten. Die Verbraucherpreise folgten damit den Vorgaben der internationalen Märkte. Unter Einschluss der „ökologischen“ Steuererhöhungen zum 1. April stiegen die Preise der Energieträger damit auf einen neuen Höchststand.

*Starke Preis-erhöhungen für Energieträger ...*

... bei  
moderatem  
Grundtempo

Ohne Energie gerechnet belief sich der Preisauftrieb binnen Jahresfrist im Juli auf 0,9 %, was nicht viel mehr war als im Mittel des zweiten Quartals. Während hier sowohl bei den Dienstleistungen mit einer Vorjahrsrate von zuletzt 1,5 % wie auch den Mieten mit 1,3 % der Anstieg deutlich war, gingen von den gewerblichen Waren und den Nahrungsmitteln stabilisierende Einflüsse aus. Im Bereich der industriellen Güter erlaubt der starke Konkurrenzdruck, der sich durch die fortschreitende Verbreitung der modernen Informationsmittel und die damit einhergehende zunehmende Markttransparenz noch erhöht, den Anbietern nur geringe Preiserhöhungen. Auf den Nahrungsmittelmärkten hielt der Preiskampf großer Discountketten an, so dass die Verbraucher auch zuletzt nicht mehr zu bezahlen hatten als im Juli 1999.

Die Kerninflationsrate, die den trendmäßigen Anstieg der Jahresteuierung der Verbraucherpreise jenseits von kurzfristigen Schwankungen und Sonderentwicklungen zu erfassen sucht, belief sich in der letzten Zeit auf rund 1 %. Das war kaum mehr als in der ersten Monaten dieses Jahres. Der Preisauftrieb hat sich demnach in der Grundtendenz bislang trotz der starken Einflüsse von Seiten der Ölpreise nicht nennenswert verstärkt. Die weitere Entwicklung ist aber sorgfältig zu beobachten.

Volatile  
Ölmärkte

Dies gilt auch deshalb, weil die Preise auf den internationalen Ölmärkten derzeit stark schwanken und von der Wechselkursseite her keine Entlastung zu erkennen ist. Beispielsweise notierte Nordseeöl der Marke Brent Mitte August mit rund 30 US-\$ wieder

### Indikatoren zur Entwicklung der Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahr in %

Position	1999				2000				
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli	
Gemessene Teuerungsrate									
Verbraucherpreise	1,0	1,7	1,6	1,9					
Statistische Kernraten 1)									
Verbraucherpreise ohne Saison-Nahrungsmittel und Energie	0,2	0,7	0,8	0,8					
Verbraucherpreise mit modifizierten Gewichten 2)	0,5	0,8	0,8	0,8					
5 %-getrimmter Mittelwert 3)	0,6	0,8	1,0	1,2					
Gewichteter Median 4)	0,7	1,0	0,9	1,2					

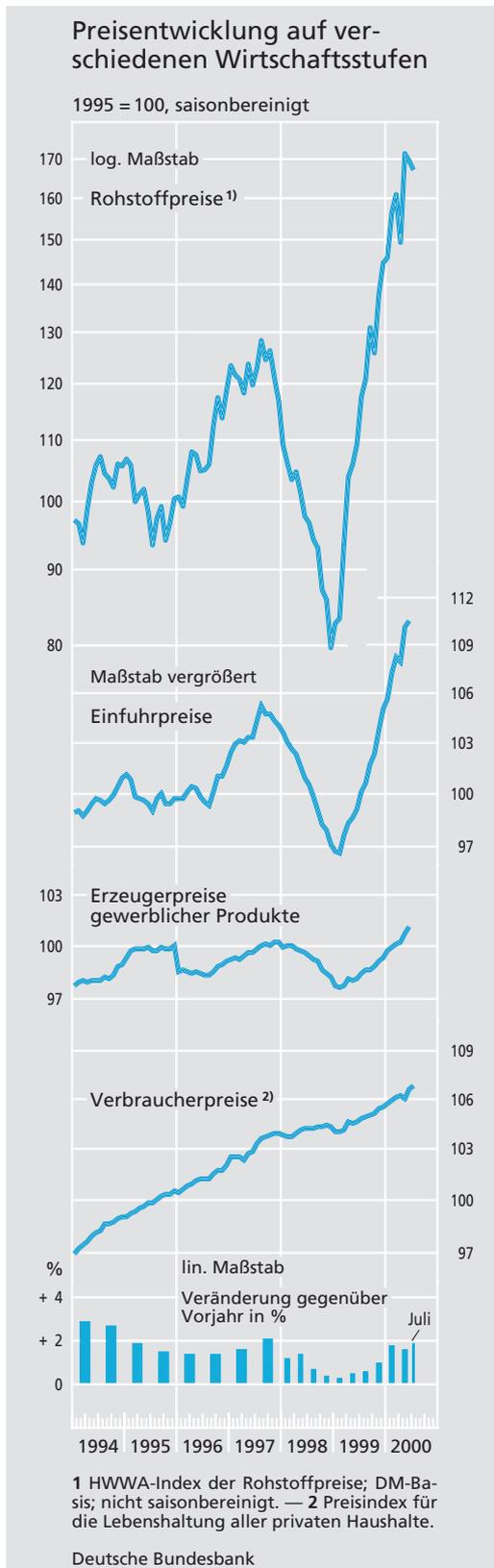
1 Eigene Berechnungen. — 2 Reduzierung der Gewichte volatiler Komponenten. — 3 5 %-Ausgrenzung von Komponenten mit starken/geringen Preisveränderungen. — 4 Preisveränderung der Komponente, die 50 % der kumulierten Einzelgewichte erreicht.

Deutsche Bundesbank

ebenso hoch wie Ende Juni, nachdem zwischenzeitlich ein Rückgang bis auf 26 ½ US-\$ zu verzeichnen gewesen war. Die Spotmarktpreise für Heizöl gingen in Rotterdam, das für die Versorgung in Europa Signalfunktion hat, zuletzt sogar über ihren bisherigen Höchststand von Mitte des Jahres hinaus. Benzin dagegen unterschritt die vorangegangenen hohen Werte weiterhin merklich.

Insgesamt hat der außenwirtschaftliche Preisdruck bisher kaum nachgelassen. Die Steigerung der Importpreise gegenüber dem Vorjahr verringerte sich im Juni lediglich auf 11,5 %, nach 11,7 % im Monat zuvor. Saisonbereinigt betrachtet hat sich die monatliche Teuerung, die in der Zeit von Jahresanfang bis Mai im Durchschnitt noch fast 1 % betragen hatte, zwar zuletzt verringert, sie belief sich

Terms of Trade  
weiter  
verschlechtert



aber immer noch auf rund ½%. Dies war auch ausschlaggebend dafür, dass die Terms of Trade nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Bewegungen im Juni erneut ungünstiger geworden sind und die Verschlechterung im Vorjahresvergleich mit gut 7% unverändert blieb. Der Anstieg der Exportpreise hat sich saisonbereinigt zuletzt nicht fortgesetzt, der Zuwachs im Vorjahresvergleich verringerte sich im Juni auf 3,6%, nach 3,8% im Monat zuvor. Bis Mai allerdings waren die Verkaufspreise im Auslandsgeschäft – in D-Mark gerechnet – angesichts einer günstigen Absatzlage und Wettbewerbsposition sowie der Nutzung abwertungsbedingter Preisspielräume recht stetig angehoben worden.

Die Abgabepreise der Industrie im Inlandsabsatz stiegen saisonbereinigt bis zum Juni weiter leicht an. Der Zuwachs gegenüber dem Stand zwölf Monate zuvor vergrößerte sich auf 2,9%, nach 2,4% zu Ende des ersten Quartals. Ohne Energie gerechnet hat sich der Preisauftrieb im Vorjahresvergleich im Juni etwas auf 1,9%, nach 2,0% im vorangegangenen Monat, verringert.

*Industrielle Erzeugerpreise erneut gestiegen*

Bauleistungen waren – die jahreszeitlich üblichen Schwankungen ausgeschaltet – im zweiten Quartal 2000 kaum teurer als im ersten Jahresviertel. Gleichwohl hat sich der Abstand zum Preisniveau von 1999 von 0,4% zu Jahresanfang auf 0,8% erweitert, weil es vor einem Jahr noch zu Preissenkungen gekommen war. Deutlich überdurchschnittlich war die Teuerung im Bereich des Straßenbaus, dessen Vorleistungskosten wegen des Ölpreisanstiegs vergleichsweise kräftig gestiegen sind. Hier beliefen sich die Preis-

*Baupreise weitgehend stabil*

erhöhungen binnen Jahresfrist auf 2,3 %. Zurückgeblieben ist demgegenüber der Woh-

nungsbau, wo die Jahreststeuerung nur halb so stark wie im Gesamtdurchschnitt war.